

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beitz, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 269

Abonnementpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 8 Reichspennig, für Bedrucken, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver
Montag, den 16. November

Erscheinung: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1931

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Völkerrundrat tritt in Paris zu einer Sondertagung zusammen, um über den chinesisch-japanischen Konflikt zu beraten.

* In Hessen fanden nach heftigen Wahlkämpfen die Wahlen zum Landtag statt.

* Um Tiflis ist eine heftige Artillerieschlacht entbrannt.

Spitze Bemerkungen.

Mit einiger Genugtuung, wenn man will: sogar mit einer allerdings etwas wehmütigen Freude mag man in der deutschen Öffentlichkeit die durchaus nicht zurückhaltende Kritik aufgenommen haben, die bei der Adressdebatte im Englischen Unterhaus der eigentliche Sieger im Wahlkampf, Baldwin, gegen das Reparationssystem und gegen die ganze Politik in dieser Frage richtete. Baldwin ist ja seit langen Jahren Führer der Konservativen, war selbst in der entscheidungsvollen Zeit zwischen 1925 und 1928 englischer Ministerpräsident und hält nun als Mitglied des Kabinetts MacDonald eine Rede, die geradezu angefüllt ist mit „Spitzen“ gegen Frankreichs offizielle Politik. Das ist immerhin bemerkenswert für einen englischen Konservativen in politisch derart verantwortlicher Stellung! Trotzdem spricht aus einer ganzen Reihe dieser „Spitzen“ eine gar nicht mehr verhüllte Resignation: England ist nicht in der Lage, gegenüber diesem „Zusammenbruch aller bestehenden Abkommen“ nun selbst etwas zu tun. „Unsere Initiative könnte im Augenblick, so merkwürdig es erscheinen mag, nicht allen Nationen willkommen sein.“ Man weiß natürlich im ganzen Unterhaus sehr genau, für wen diese Initiative unwillkommen wäre! Dazu bedarf es weiter keines Rätselratens. Und wir Deutsche verzeichnen außerdem noch mit einiger Genugtuung, daß der konservative Baldwin das Wort wieder aufnimmt, das der damalige Ministerpräsident und Führer der Arbeiterpartei, MacDonald, auf der Londoner Konferenz am Juli dieses Jahres gesprochen hat: Die Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse in Deutschland liege im Interesse der ganzen Welt. Aber das alles sind eben nur Worte geblieben, denen irgendwelche Taten zuerst nicht folgten, dann schließlich auch nicht folgen konnten, als Frankreich mit seinen goldenen Kugeln erst den englischen, dann den amerikanischen Widerstand zusammenschob. Und es werden daher auch wieder von London noch von Washington aus Taten folgen, so notwendig eine Initiative von jenen beiden Seiten auch wäre und so sehr man dort auch die Notwendigkeit einer solchen Initiative erkannt und anerkennt. Sie ist eben „nicht allen Nationen willkommen!“

Die beiden angelsächsischen Mächte sehen mit verführten Armen zu, was zwischen Paris und Berlin sich in den nächsten Wochen abspielt. Und doch braucht diese augenblickliche Passivität durchaus keine endgültige zu sein, kann sie doch eines Tages zu einer keineswegs bedeutungslosen Initiative werden. Denn Vertreter Englands und Amerikas, dann auch des unsere Lage mit vielem Verständnis beurteilenden Italiens werden ja in dem Sachverständigenausschuß sitzen, dessen Einberufung gemäß dem Young-Plan recht bald von der deutschen Regierung herbeigeführt werden dürfte. Hier soll nur finanziell, nur wirtschaftlich darüber geurteilt werden, wie es mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands für einen Teil der Young-Plan-Forderungen bestellt ist. Gewiß ist dieses Urteil, werden die von diesem Ausschuss vorzuschlagenden Maßnahmen eben nur Anregungen sein, die für die Regierungen unserer Gläubigerstaaten nicht verbindlich sein sollen. Aber sie besitzen doch ein unbestreitbares Schwerkraft, das sich doch nicht so ohne weiteres wird beiseiteschieben lassen. Offenbar verschiebt man sich auch in Paris dem schon heute doch nicht so ganz und wenn ergänzend noch eine zweite Sachverständigenarbeit ohne Begrenzung ihres Untersuchungsgebietes den ganzen wirtschaftlichen und finanziellen „Status“ Deutschlands prüft, dann wird jenes Schwerkraft für die im Nebel der Zukunft auftauchende internationale Reparationskonferenz noch verstärkt werden.

Laval selbst hat ja verlangt, erst müsse einmal der Bericht jenes Sachverständigenausschusses des Young-Planes abgewartet werden, ehe man sich weitere Schritte überlegen könne, die die „Anpassung der internationalen Schuldverpflichtungen an die wirtschaftliche Depression“ herbeiführen sollen. Das liegt also in einer noch ungewisseren Zukunft, die außerdem verdunkelt wird durch die stritte Weigerung Frankreichs, auf unsere durch die Milliardenkriegskredite und den schließlichen Ablauf des Stillhalteabkommens bestimmte Lage irgendwelche Rücksicht zu nehmen. Laval ist in seiner Rede vor der Senatskommission der Finanzen und Auswärtigen Angelegenheiten sogar noch weiter gegangen; er hat ausdrücklich erklärt, daß eine französische Anleihehilfe für Deutschland gar nicht in Frage komme. Das richtet sich namentlich gegen einen von belgischer Seite stammenden Plan, einen Teil der kurzfristigen deutschen Schulden zu konsolidieren, sie also in langfristige umzugestalten. Laval hat auch mitgeteilt, warum er diese Ablehnung ausgesprochen hat: Weil Brüning auf die von Frankreich gewünschten politischen Bindungen und Bedingungen nicht eingehen wolle. Und diese sind deutsche Verzichtserklärungen auf jeden Versuch des Zusammenschlusses mit Österreich und auf Revision unserer Ostgrenzen. Außerdem wurde von uns eine „moralische Abrüstung“ verlangt. Wir sollen auch innerlich, vor allem

Die Neuwahlen in Hessen

Neuer Hessischer Landtag.

In Hessen haben am Sonntag die Neuwahlen zum Landtag stattgefunden. Den Wahlen ging ein scharfer Kampf voraus. Alle Parteien hatten ihre Führer nach Hessen geholt, wo sie in Kreiswahlversammlungen gesprochen haben. Für das Zentrum hatte Reichszankler Dr. Brüning das Wort ergriffen, für die Deutschnationalen der Parteiführer Eugen Berg gesprochen. Die Nationalsozialisten hatten ihren Führer Hitler nach Darmstadt geholt; für die Volkspartei hatte Dr. Dingeldey, der in Darmstadt seinen Wohnsitz hat, gesprochen, und die Staatspartei hatte sich den Reichsfinanzminister Dr. Dietrich als Hauptwahlredner verschrieben. Schon aus dem Aufmarsch dieser politischen Führer geht hervor, daß es sich bei den Wahlen in Hessen nicht allein darum handelte, wie und durch wen das Land künftig regiert werden soll. Es ging vielmehr bei diesen Neuwahlen auch um große politische Auseinandersetzungen über die Reichspolitik.

Um die feste Zahl der 70 Mandate, über die der Hessische Landtag verfügt, kämpften nicht weniger als dreizehn Parteien. Die Linke marschierte in sechs Gruppen auf, zu denen die Kommunisten, kommunistische Opposition, die Sozialdemokraten, sozialistische Arbeiterpartei, die radikalen Demokraten und die Staatspartei gehören. Außerdem bewarben sich um die Gunst der Wähler das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, der Christlichsozialer Volksdienst, die Volksrechtspartei, der Bauernbund, die Deutschnationale Volkspartei und die Nationalsozialisten.

Der alte Landtag war am 13. November 1927 gewählt worden und hat nach einer Legislaturperiode von vier Jahren jetzt sein natürliches Ende gefunden. In ihm waren vertreten die Sozialdemokraten mit 24 Mandaten, das Zentrum mit 13, der Hessische Landbund mit 9, die Deutsche Volkspartei mit 7, die Demokraten mit 5, die Kommunisten mit 6, die Deutschnationalen mit 3 und die Volksrechtspartei ebenfalls mit 3 Mandaten.

Aus diesen Parteien hatte sich die sogenannte Weimarer Koalition gebildet, die also aus Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten bestand, und die in den letzten vier Jahren in Hessen ununterbrochen regiert hat. Die Wahlbeteiligung zum alten Landtag war nur sehr gering, sie betrug nur etwa 56 Prozent der Wahlberechtigten. Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 hatten die Parteien schon bedeutend mehr Wähler auf die Beine gebracht, und der Ausfall der Reichstagswahlen hatte gezeigt, daß ein Weiterregieren der Weimarer Koalition in Hessen unmöglich war, da die Parteien der Weimarer Koalition nur etwa die gleiche Stimmzahl wie die Oppositionsparteien erhalten hatten.

natürlich äußerlich, uns jedem Protestes gegen das enthalten, was man kurz als das „System von Versailles“ bezeichnen kann. Es gibt niemanden in Deutschland, der die Ablehnung solcher Bedingungen nicht billigt.

Kurze politische Nachrichten.

Der langjährige Zentrumsabgeordnete und Finanzsachverständige des Reichstags, Richard Müller-Fulda, der erst vor kurzem seinen 80. Geburtstag beging, ist in Fulda gestorben.

Sieben Rätinern Gemeinden (Albsh, Deutsch-Griffen, Großbagnitz, Weitenfeld, Gurt, Straßburg und Bismweg) haben ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt und verweigern die Leistung aller Steuern und Abgaben. Beim Versuch einer etwaigen Exekution lehnen die Bürgermeister dieser Gemeinden jegliche Verantwortung ab.

Der holländische Außenminister hat der zweiten Kammer mitgeteilt, daß mit der deutschen Regierung Übereinstimmung über die Zahlung einer Kriegsschadigung an holländische Staatsangehörige erreicht worden sei. Der holländischen Regierung wird ein Betrag zur Verfügung gestellt werden, aus dem in einer beschränkten Anzahl von Fällen Entschädigung gezahlt werden soll.

Eine Vorkonferenz in Paris.

Zu den Pariser Verhandlungen schreibt das Organ des Reichszanklers Dr. Brüning u. a.: Baldwin hat die Auffassung MacDonalds von der Notwendigkeit einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage und einer gemeinsamen Erörterung der Reparations- und Kreditfrage noch unterstrichen.

Der konservative Führer hat die Gefahr eines deutschen wirtschaftlichen Zusammenbruchs vor Frankreich entrollt und Englands absoluten Willen zum Ausdruck gebracht, die an Deutschland gewährten Kredite, welche Deutschland seine Reparationszahlungen überhaupt erst ermöglicht haben, nicht durch politische Zahlungen erneut gefährden zu lassen.

Hatten wir neben diese Feststellung die Verlautbarung des Weissen Hauses und die klaren Feststellungen Mussolinis, so sehen wir, daß Frankreich sich diesmal in einer noch größeren Isolation als anlässlich des Hoover-

Wahlen in Hessen.

Nationalsozialisten verdoppelt. — Verlust der Sozialdemokratie.

Der Wahltag ist in den drei hessischen Provinzen im allgemeinen ruhig verlaufen. Durch das in den letzten Tagen ergangene Demonstrationsverbot war die Propaganda auf den Straßen nur schwach. In einzelnen Landkreisen waren schon bis zur Mittagsstunde mehr als die Hälfte der Wähler an der Urne. In Darmstadt hatten bis 17 Uhr über 80 v. H. gewählt.

Vorläufiges amtliches Endergebnis:

		Reichst.-W. 1930
SPD.	174 319	215 747
Zentrum	112 769	104 246
Kommunisten	108 596	84 513
Komm. Opposition	15 033	—
Deutsche Volkspartei	19 364	49 929
Staatspartei	11 344	38 829
Radikaldemokraten	4 903	—
Christlichsoz. Volksd.	17 246	19 086
Volksrechtspartei	4 403	4 702
Hessischer Landbund	20 786	57 575
Deutschnat. Volkspartei	11 778	11 902
Soz. Arbeiterpartei	8 363	—
NSDAP.	300 259	137 989

Verteilung der Mandate: SPD. 15 (bisher 24), Zentrum 10 (13), Kommunisten 10 (6), Komm. Opposition 1 (—), Deutsche Volkspartei 1 (7), Staatspartei 1 (5), Christlichsozialer Volksdienst 1 (—), Hessischer Landbund 2 (9), Deutschnationale Volkspartei 1 (3), Soz. Arbeiterp. 1 (—), NSDAP. 27 (—).

Die Landtagswahlen in Hessen zeigen, daß die nationalsozialistische Bewegung im Zunehmen begriffen ist. Seit der Reichstagswahl vom September 1930 hat sie ihre Stimmenzahl verdoppelt. Der Wählerzuwachs stammt z. T. aus der Sozialdemokratie, z. T. aus den Mittelparteien und dem Landbund. Der Hessische Landbund hat Zweidrittel seines Bestandes verloren. Auffallend sind die Verluste der Sozialdemokratie, der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei. Die Sozialdemokratie und die Staatspartei, die zusammen mit dem Zentrum seit 1918 die Regierung bilden, mußten dafür büßen, während sich das Zentrum trotz der Verantwortung behauptete. Ein Teil der Verluste der Sozialdemokratie kam den Kommunisten zugute, die Zuwachs erhielten. Die Staatspartei verlor Zweidrittel, die Deutsche Volkspartei mehr als die Hälfte ihres Bestandes, die Deutschnationalen konnten sich behaupten.

Schrittess befinden würde, wenn es sich gegen eine Gesamtregelung sperren wollte. Es trifft sich gut, daß im Laufe der nächsten Woche alle großen Mächte anlässlich des Mandatsvertragskonfliktes durch prominente Vertreter in Paris verammelt sind, so daß sich eine Art inoffizieller Vorkonferenz entwickeln könnte, welche die Klärung der Sachlage bedeutend erleichtern würde.

Verhandlungen wegen BZ. — Ausschuß.

Nachgeben Deutschlands in der Frage der kurzfristigen Kredite.

Wie bekannt wird, haben sich Botschafter v. Hoersch und Finanzminister Laland in ihren Verhandlungen um die Einberufung des Sachverständigenausschusses bei der BZ. dahin geeinigt, die Berücksichtigung der kurzfristigen Kredite bei der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands der Regierungskonferenz vorzubehalten, die nach der Berichterstattung des BZ.-Ausschusses zusammenzutreten wird. Die französische Regierung hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß der BZ.-Ausschuß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausschließlich vom Standpunkt der Reparationszahlungen aus zu prüfen habe und daß die Privatschulden bei der Aufstellung des neuen Zahlungsplanes, wenn überhaupt, dann nur nebensächliche Berücksichtigung finden dürften. Deutscherseits ist man von der Auffassung nicht abgewichen, daß eine gerechte und der Wirklichkeit entsprechende Beurteilung der Zahlungsfähigkeit nur unter Einbeziehung sämtlicher Verpflichtungen, ganz gleich, ob politischer oder privater Natur, möglich sei.

Eine Aenderung der Lage ist jedoch insofern eingetreten, als die französische Regierung ihren Willen durchgekehrt hat, dem BZ.-Ausschuß keine Befugnisse zu erteilen, die über den Rahmen des Youngplanes hinausgehen. Die Reichsregierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Regelung der kurzfristigen Anleihen einer Bankierkonferenz übertragen wird, die aber rein privaten Charakter trägt. Voraussetzungen werden die Arbeiten dieser beiden Ausschüsse zu gleicher Zeit in Basel beginnen. Wie weit der von der Bankierkonferenz ausgearbeitete Bericht bei der Beurteilung der deutschen Zahlungsfähigkeit berücksichtigt wird, soll erst auf der Konferenz der am Youngplan beteiligten Mächte entschieden werden.

Kein französisches Geld für Deutschland.

Laval lehnt jede Anleihe ab.

Ministerpräsident Laval wiederholte vor den gemeinsam versammelten Auswärtigen und Finanzausschüssen des Senats die Erklärungen, die er vor den gleichen Ausschüssen der Kammer abgegeben hatte. Laval legte vor allem Wert auf die Feststellung, daß er in bezug auf die Regelung der Reparationen noch keinerlei Garantien übernehmen könne, bevor der Bericht der Sachverständigen nicht aufgestellt worden sei, deren Einberufung die Reichsregierung nun beantragen werde. Nach der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands würden die beiden Regierungen in aller Offenheit und Freiheit ihre beiden Auffassungen miteinander vergleichen.

Frankreich, so fügte Laval seinen Erklärungen hinzu, denke jedenfalls nicht daran, in irgendeiner Form französisches Geld nach Deutschland zu bringen. Außerdem würde die Summe, die Deutschland benötige, derart hoch sein, daß man anscheinend deutscherseits bereits jede Hoffnung auf eine Anleihe habe fallen lassen.

Ein wichtiger Steuertermin.

Die Steuerzahlungen der Landwirtschaft.

Der 15. November, bzw. der 16., da der 15. ein Sonntag war, ist für die Landwirtschaft ein besonders wichtiger Steuerzahlungstermin, da Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Umsatzsteuer und Grundvermögenssteuerzahlung zusammenfallen. Der Reichsfinanzminister hat den wiederholten Vorstellungen der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen gegenüber erklärt, mit Rücksicht auf die katastrophale Verschlechterung der landwirtschaftlichen Lage allgemeine Erleichterungen, besonders zinslose Stundung und Abtragung der Novembersteuerfälligkeiten in mehreren Raten anzuordnen, in Anbetracht der finanziellen Lage des Reiches nicht stattdessen zu können.

Sodern die Landesfinanzämter von sich aus allgemeine Erleichterungen nicht gewähren, muß also jeder Landwirt, der seinen Steuerpflichtigkeiten nicht nachkommen kann, rechtzeitig Stundungsantrag bei seinem Finanzamt einreichen.

Bei der Einkommensteuer

ist darauf hinzuweisen, daß die Landwirte auf Grund des § 100 des Einkommensteuergesetzes berechtigt sind, bei ihrem Finanzamt einen Antrag auf Stundung der Novemberrate zu stellen, soweit ihr Einkommen im Steuerabschnitt 1931/32 gegenüber dem zuletzt festgestellten Einkommen 1929/30 voraussichtlich um mehr als den fünften Teil, mindestens aber 1000 Mark, niedriger sein wird.

Bei der Vermögenssteuer

kann nach § 15 des Vermögenssteuergesetzes Stundung beantragt werden, wenn der bei der neuen Hauptveranlagung voraussichtlich festzusetzende Jahressteuerbetrag erheblich hinter dem zuletzt festgesetzten zurückbleiben wird.

Die Umsatzsteuervorauszahlungen

sind ab 10. Oktober monatlich zu entrichten, sofern die buchführenden Landwirte 1929/30 einen steuerpflichtigen Gesamtumsatz von mehr als 20.000 Mark gehabt haben. Alle anderen Landwirte leisten die Vorauszahlungen bis auf weiteres nach wie vor vierteljährlich. Die Schonfrist ist sowohl für die Monats- wie für die Vierteljahreszahlungen bis zum 17. des Fälligkeitsmonats verlängert worden. Bei der Umsatzsteuer ist auf Einhaltung pünktlicher Zahlung besonders zu achten, da die Finanzämter hinsichtlich der Stundung der Umsatzsteuer bei ihrem Wesen als Verbrauchssteuer einen besonders strengen Maßstab anlegen.

Volkentscheid in Braunschweig.

Auflösung des Landtags abgelehnt.

Am heutigen Sonntag fand in Braunschweig der kommunistische Volkentscheid auf Auflösung des Landtags statt. Nach dem auf die Landtagsauflösung gerichteten Volksbegehren der kommunistischen Partei, das von dieser am 28. Juni d. J. erfolgreich durchgeführt wurde, hatte das braunschweigische Staatsministerium erklärt, daß kein Anlaß zur Auflösung des Landesparlamentes bestehe. Es kam daher zum Volkentscheid.

Bei dem Volksbegehren wurden bei einer Zahl von 352.724 Stimmberechtigten abgegeben: 36.079 Ja-Stimmen, 2071 Nein-Stimmen, 503 unzehligte Stimmen, zusammen 38.655 Stimmen.

Von den Ja-Stimmen entfielen u. a. auf Braunschweig-Stadt 16.788, auf Wolfenbüttel 1425, auf Schöningen 1464 und auf Blankenburg 1006 Stimmen. Bei der Braunschweigischen Landtagswahl am 14. September 1930 erhielt die kommunistische Partei 20.988, bei der Landtagswahl im Jahre 1927 — 12.954 Stimmen.

Das Ziel: deutsche Freiheit.

Der 13. Jahrestag des Stahlhelms.

Anlässlich einer feierlichen Zusammenkunft zum Gedächtnis der vor dreizehn Jahren erfolgten Gründung des „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten, sprach in Magdeburg u. a. auch der Bundesführer des Stahlhelms, Franz Selbte. Nach einem kurzen geschichtlichen Überblick über die Gründung des Stahlhelms vor dreizehn Jahren führte er aus: Die Stahlhelmidee hat ihre dauernde Tragkraft erwiesen. Sie konnte sich von der Selbstschutzorganisation umstellen auf den politischen Kämpferbund, und von dem Gedanken, einem starken nationalen Führer dienen zu wollen, weiterstreben. Wenn jetzt nach dreizehn Jahren zu Harzburg eine nationale Front aufmarschieren konnte, so ist dieses Einigungswort Hauptverdienst der selbstlosen Arbeit unseres Bundes. Vereint mit den anderen nationalen Kräften in Deutschland wird es uns gelingen, das Ziel zu erreichen. Wir haben tausendmal gesagt, daß wir keinen Krieg und keinen Butz wollen, daß wir den geraden, harten und nüchternen Weg der Arbeit und des Rechtmäßigen zu gehen wünschen. Wir werden nicht ruhen, bis wir unser Ziel, die deutsche Freiheit, erreicht haben.

Die Reformen der Sozialversicherung.

Leistungssteigerung und organisatorische Veränderungen.

Die Reformpläne für die Sozialversicherung haben nun festere Formen angenommen. Wenn sich auch die Reichsregierung noch nicht im einzelnen festgelegt hat, sind die Grundzüge der Reform im wesentlichen doch herausgearbeitet. Geplant ist einerseits eine Leistungssteigerung, zum andern erhebliche organisatorische Veränderungen.

Diese letzteren betreffen, wie zuverlässig verlautet, in erster Linie die Aufsichtsbehörden. Man denkt daran, die

bestehenden 1100 Versicherungsämter, die mit den Kreis- bzw. Stadtverwaltungen verbunden sind, aufzulösen und die gesamte Aufsicht den Oberversicherungsämtern (bei den Regierungspräsidenten) zu übertragen, die erforderlichenfalls Zweigstellen unterhalten sollen.

Außerdem wird erwogen, auch bei den Organisationen der Versicherungsträger Vereinfachungen durchzuführen durch

rein gebietsmäßige Zusammenfassung von gleichartigen Klassen.

In eine Zusammenlegung von verschiedenartigen Versicherungen wird nicht gedacht, auch nicht an die von gewisser Seite geforderte Außerkräftsetzung eines ganzen Versicherungszweiges.

Die Reformpläne werden voraussichtlich schon in den nächsten Tagen das Kabinett beschäftigen. Widerstände sind zu erwarten bezüglich der Leistungssteigerung von den Gewerkschaften, bezüglich der Verwaltungsreform von den Ländern, die eine Beschränkung ihrer Hoheitsrechte befürchten. Man glaubt aber, diese Widerstände überwinden zu können, da von einem Angriff in die Hoheitsrechte der Länder kaum die Rede sein könne, und da man von den Gewerkschaften soviel Einsicht erwarte, daß sie nicht

das gesamte Sozialversicherungswesen aufs Spiel setzen.

Bei Durchführung der vorstehenden Maßnahmen hofft man, daß alle Zweige der deutschen Sozialversicherung durchzuhalten sind.

Mittellandsnot auch in Amerika.

Eingefrorene Hypotheken des Kleinbesitzes.

Wie aus Washington amtlich gemeldet wird, wird Hoover dem Kongreß ersuchen, zwölf Hypothekendiskontbanken mit einem Gesamtkapital von 150 Millionen Dollar zu gründen, um eingefrorene Hypotheken auf dem Kleinbesitz in Stadt und Land aufzutauen. Die Banken sollen Anleihen bis zu 1800 Millionen Dollar gewähren können. Sie sollen privat finanziert werden, das nichtgezeichnete Kapital soll aber die Bundesregierung bereitstellen.

Der Japan-China-Krieg.

Rußland ist beunruhigt.

Nach einer Meldung aus Tokio hat der sowjetrussische Botschafter dem japanischen Außenminister eine Note Litwinows übermittelt. Die sowjetrussische Regierung verlangt Zusicherungen, daß Japan nicht beabsichtige, die chinesische Ostbahn zu besetzen.

Der japanische Kriegsminister hat dem Ersuchen des Oberbefehlshabers der japanischen Truppen in der Mandchurei, ihm für seine Tätigkeit freie Hand zu lassen, entsprochen. Das Oberkommando erklärte, daß die Lage sehr kritisch sei.

Nach einer russischen Meldung aus Tiflis ist die Stadt nach der Ablehnung des Ultimatus durch General Ma erneut von japanischen Fliegern bombardiert worden. In verschiedenen Stellen seien Brände ausgebrochen. Vier Soldaten und sieben Zivilisten seien getötet worden.

General Ma hat das japanische Ultimatum, bis zum 25. November seine Truppen von der Nonni-Brücke nach Tiflis zurückzuziehen, abgelehnt. Darauf erhielt er ein zweites Ultimatum, Tiflis mit den japanischen Truppen zu übergeben. Auch diese Forderung wurde abgelehnt. Die Kämpfe bei der Nonni-Brücke wurden fortgesetzt. Die Chinesen hielten ihre Stellung. Die Japaner ziehen Truppen zum Vormarsch auf Tiflis zusammen.

Für und gegen Kaiser Puhi.

Nach einer Meldung aus Dairen ist der frühere chinesische Kaiser Puhi dort eingetroffen und wird nach Mukden weiterreisen. Der Kaiser habe sich mit dem General Tschanghaipen in Verbindung gesetzt, der gewillt sei, die monarchistische Bewegung zu unterstützen.

Wie aus Nanking gemeldet wird, erklärte Tschiangkai-schei, daß die Wiederherstellung der Monarchie in China ein politischer Unsinn sei. Die Regierung in Nanking werde eine auf dieses Ziel gerichtete Bewegung mit allen Mitteln bekämpfen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 16. November 1931.

* Stadttheater Hagen i. W. Wochenspielerplan für die Zeit vom 16. bis 22. Nov. Montag, 16. Nov., 19 1/2 Uhr, Ende etwa 22 1/2 Uhr, „Der Orlow“, Operette. Dienstag, 17. Nov., 20 Uhr, Ende etwa 22 1/2 Uhr „Broadway“ Zeitbild. Mittwoch, 18. Nov., (Bußtag) 20 Uhr, Ende etwa 23 Uhr in neuer Einstudierung „Der Freischütz“, Oper. Donnerstag, 19. Nov., 19 1/2 Uhr Ende etwa 22 1/2 Uhr, Vorstellung für die Berufsschulen, „Der Orlow“, Operette. Freitag, 20. Nov., 19 1/2 Uhr, Ende etwa 22 1/2 Uhr, „Das Schwarzwaldmädchen“, Operette. Samstag, 21. Nov., 20 Uhr, Ende etwa 22 1/2 Uhr, „Broadway“, Zeitbild. Sonntag, 22. Nov. Totensonntag, 15 Uhr, Ende etwa 18 Uhr, zu ermäßigten Preisen, „Der Freischütz“, Oper, 20 Uhr, Ende etwa 22 3/4 Uhr, „Die letzte Fahrt des U-Boot 116“, Schauspiel.

Halver

→ Vom Ski-Klub Halver. Die Arbeiten zur Errichtung einer großen Sprungschanze am Kollenberg haben am Samstag ihren Anfang genommen. Eine Anzahl Bäume sind gefällt worden. Es sind auch einige Erdbewegungen auszuführen, wozu sich noch freiwillige Leute zur Verfügung stellen können. Ein Leiter dieser Arbeiten ist täglich im Gelände am Kollenberg anwesend. Einige Zimmerleute haben sich in dankenswerter Weise bereit erklärt den Turm und Schanze unentgeltlich zu zimmern. So schreiben die Arbeiten zur Errichtung der Schanze rüstig fort und dürfen bei günstiger Witterung schnellstens vor sich gehen.

& In der am Samstagabend am Schmalpurbahnhof stattgefundenen Versammlung des hiesigen Geflügelzuchtvereins wurden Anmeldungen zu der am 5. und 6. Dezember in Kierspe stattfindenden Kreisverbands-Geflügelausstellung entgegengenommen, die in erfreulicher Zahl erfolgten. Weitere Meldungen sind an den Vorsitzenden zu richten. Da der Transport der auszustellenden Stämme gemeinsam erfolgen soll, so sind dieselben bis Donnerstag, den 3. Dez. nachm. 4 Uhr bei der Lübbrechtsen Fabrik anzuliefern. Der Rücktransport er-

folgt am Montag, den 7. Dez. auf dieselbe Weise. Ebenso wird die Fahrt der Aussteller nach Kierspe gemeinsam und zwar Samstag, den 5. Dezember mit Auto vom Schmalpurbahnhof mittags 1 Uhr erfolgen, Rückfahrt von Kierspe 6 Uhr. Ueber den in Lidenstheid stattgefundenen Kreisverbandstag berichtete Adolf Kleinjung. Die dem Kreisverbände angeschlossenen Vereine zählen insgesamt 338 Mitglieder. Zur Hebung des Geflügelzucht wurden 500 Mk. bewilligt. Zum Schluß wurden noch Kfz-Enten von Adolf vom Ort, Büchermühle zur Besprechung vorgeführt.

Schalksmühle

→ Endlich hat nun auch die Halberstraße Vogenlampen-Straßenbeleuchtung bekommen. Am Samstagabend erstrahlte das Licht zuerst und wirkte sich recht angenehm aus. Mit Dankbarkeit begrüßen die Anwohner diese Neuerung, die eine bedeutende Verbesserung des früheren Straßenlichtes bedeutet.

→ Brandmeisterführung in der Feiw. Feuerwehr Schalksmühle. Für 40-jähr. Wirken als Feuerwehrmann wurde am Sonnabend der 1. Brandmeister Joh. Hollstein in selten seiner Weise geehrt. Um 8 Uhr abends versammelte sich die Wehr mit ihren Ehrenmitgliedern und überreichte unter Führung des 2. Brandmeisters und Gemeindevorstehers Diergarten ihren 1. Brandmeister an seiner Wohnung durch Ueberreichung eines wunderbaren Frühstückkörbchens. Von seiner unerwarteten Ehrung erholt, schloß sich der Jubilar der Wehr an zu dem für ihn im Lokale W. Heedfeld bereiteten Ehrenabend. Dasselbst entbot der Vorsitzende Fabrikant Gust. Schröder, auch wohl als Anreger dieser Ehrung, allen herzlich Willkommen. Er fand warme Worte der Dankbarkeit und Ehrung für den 40 Jahre in seltener Pflichttreue als Feuerwehrmann wirkenden 1. Brandmeister Joh. Hollstein. Er griff zurück auf die ersten Jahre seiner Wirksamkeit in Halber — es hatten sich auch Führer der Halberschen Wehr eingefunden — und kennzeichnete außerdem noch die große Liebe, die Hollstein der Feuerwehrsache entgegenbrachte. Redner verband mit dem Dank für all die Treue den Wunsch, ihren Brandmeister auch dereinst zum goldenen Jubiläum beglückwünschen zu können. Es wurde ihm sodann das Ehrenzeichen für 40-jähr. Mitgliedschaft mit Besidegenis des Westfälischen Provinzial- und Preussischen Landesverbandes nebst Urkunde vom Westfälischen Feuerwehrverband überreicht. Als jüngstes Ehrenmitglied der Wehr sprach Bürgermeister Watermann zugleich in seiner Eigenschaft als Polizeiverwalter und namens der Gemeinde Schalksmühle herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung für die Arbeit und Leistungen Hollsteins. Infolge der Blöcklichkeit der Jubelfeier konnte er zwar mit leeren Händen, aber mit vollem Herzen, und kennzeichnete den Geist der Schalksmühler Feuerwehr als den ihres verdienten 1. Brandmeisters, der den Charakter, der in der Wehr herrsche, bestimme, und brachte den Wunsch zum Ausdruck und die Bitte an den Allmächtigen, daß der Jubilar der Schalksmühler Wehr noch recht lange erhalten bleiben möge. So gab es noch manches liebe Wort der Ehrung, die die Vertreter der Halberschen Wehr noch ergänzten. Tiefgerührt und in seiner einfachen, schlichten und bescheidenen Art dankte Herr Hollstein für all die ihm erwiesenen hohen Ehrungen. So verlief der Abend in schönster Harmonie, der dem Jubilar wie auch der Wehr selbst zur Ehre gereichte.

Brügge

→ Die Witwe Friedrich Schuster, Amalie geb. Lüdorf, in dem benachbarten Winthausen, vollendet morgen, Dienstag, den 17. Nov. ihr 85. Lebensjahr. Sie erfreut sich noch guter körperlicher Mäßigkeit und geistigen Frische. Von den 13 ihrer Ehe entsprossenen Kindern leben noch 10. Wir entbieten ihr unsere besten Glückwünsche.

Kierspe

→ Die Auszahlung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung findet mit Rücksicht auf den Buß- und Bettag bereits am Dienstag, den 17. d. M. zur gewohnten Zeit im Amtshaus statt.

→ Am Totensonntag wird der M.-G.-V. Sängerbund, wie auch in den früheren Jahren, auf dem Friedhof wie auch auf dem Ehrenfriedhof wieder eine Anzahl der Bedeutung des Tages angepaßte Chöre zum Vortrag bringen.

→ Einweihung des Steigerturms. Die Freiwillige Feuerwehr Kierspe hat ihrem Steigerturm, der seit dem Jahre 1905 oberhalb des Berliner Hofes am Eingang der Lindenstraße stand, in den letzten Wochen einen anderen Platz gegeben, und zwar hat man denselben auf dem Sportplatz unweit des Schießstandes errichtet. Am Samstagabend fand aus diesem Anlaß eine feierliche Einweihungsfeier statt. Um 7 1/4 Uhr trat die Wehr am Vereinslokal Berliner Hof an, und gings dann mit brennenden Pechfackeln unter Vorantritt des Kiersper Trommler- und Pfeifenchors zum Steigerturm, dem man durch brennende bunte Lampions ein festliches Gewand gegeben hatte. Der Vorsitzende der Wehr, Herr Karl Homrighausen, ergriff das Wort zur Weiherede und führte etwa folgendes aus: Der heutige Tag, bezwecke diese feierliche Stunde, wird in der Geschichte unserer Freiwilligen Feuerwehr stets als bedeutungsvoll verzeichnet sein. Wenn wir in diesen spätherbstlichen Tagen das Leben in der Natur betrachten, können wir in tausenderlei Gestalt Abwechslung und Veränderung wahrnehmen. Wo einst des Leizes und des Sommers Düste, Blüten und Blumen prangten, rollt jetzt des Herbstes welkes Laub zu unseren Füßen, und wir mühten schier vergebens, wenn in diesem Sterben und Vergangen nicht gleichzeitig die sicheren Keime lagen zu neuem Leben. Auch auf unsere Freiwillige Feuerwehr können wir dieses Bild zur Anwendung bringen, sintermalen der alte Steigerturm der Notgehorchend seinen alten Platz hat räumen müssen, um an dieser Stelle in neuer besserer Gestalt und Form in die Erscheinung zu treten. Aufrichtiger herzlicher Dank sei dargebracht an alle, die zur Vollendung des guten Werkes in frohem Opfermut beigetragen haben. „Ehre jedem, jedem Preis, ehre jeder Hand voll Schwielen, Ehre jedem Tropfen Schweiß, welche bei der Arbeit fielen, Ehre jeder naßen Stirn, Ehre jedem, doch auch dessen, der mit Schädel und mit Hirn emsig pflügt, sei nicht vergessen.“ Als der Arbeit und der Mühe Lohn sehen wir nunmehr den neuen Turm in besserer Form und Beschaffenheit hier stehen, um seinen Zweck besser erfüllen zu können, und in diesem Sinne übergebe ich Ihnen, verehrter

AM HÖRER DER ZEIT.

Politische Zwischenspiele.

Wenn der Völkerbundrat in Paris am Montag zu einer zweiten außerordentlichen Tagung zusammentritt, die sich mit den blutigen Vorgängen in der Mandschurei beschäftigen soll, so findet er eine weit schwierigere Lage vor als bei seiner ersten Beratung in Genf. Alle Mahnungen, die Herr Briand in seiner Eigenschaft als Ratsvorsitzender schon vor mehreren Wochen an Japan und China gefandt hat, haben bisher wenig oder gar nichts genutzt; auch weitere dringende Appelle an die Friedfertigkeit der beiden Gegner sind ungehört verhallt. Die Waffen haben gesprochen, tote bededen das Schlachtfeld, Verwundete liegen von Schmerzen gepeinigt in den Hospitälern. Räuberbanden schweifen durch die Lande umher und jagen den geringen Besitz, der der verzweifelt Bevölkerung noch geblieben ist, dieser ab. China verlangt vom Völkerbund nunmehr umgehend unzweideutiges Eingreifen gegen die japanischen Machtgierigkeiten. Man wird gespannt sein dürfen, wie sich die Herren am Ratsstisch aus dieser heissen Lage herausfinden werden, nachdem sie die Erfahrung gemacht haben, daß die Regierung in Tokio alle Noten, die ihr vom Völkerbund wegen der ostasiatischen Streitigkeiten zugestellt worden sind, einfach als einen Fetzen Papier behandelt hat.

Neben dieser Sitzung des Völkerbundrates laufen in Paris noch die deutsch-französischen Verhandlungen. Ministerpräsident Laval hat vor Zusammenkunft der Kammer in vereinigten Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen eine Darstellung über das Ergebnis seiner Reise nach Amerika und die dort mit Präsident Hoover getroffenen Abmachungen gegeben. Die Abgeordneten scheinen von dem Vortrag Lavals nicht ganz befriedigt worden zu sein, der Abgeordnete und ehemalige Minister Loucheur hat nach dem einstündigen Referat des Ministerpräsidenten enttäuscht den Sitzungssaal verlassen und mit einem Achselzucken erklärt, daß Laval nichts Neues vorgetragen habe. Noch etwas deutlicher gab der sozialdemokratische Abgeordnete Troillard seinem Unmut über die nichtsagenden Erklärungen Lavals Ausdruck. Unter Hinweis auf die Abstammung Lavals aus der Auvergne rief er: „Der Auvergnat macht sich über uns lustig! Poincaré hat bei einem solchen Anlaß 50 Kilogramm Dokumente vorgelesen, aber man erfuhr doch etwas. Briand pflegte auch nicht viel zu sagen, aber er war wenigstens pfusant, erzählte Anekdoten und gab sich den Anschein, die größten Staatsgeheimnisse zu verraten. Laval hat uns aber einfach die offiziellen Kommuniqués wiederholt, erzählt, daß er frei und offen oder herzlich mit aller Welt gesprochen habe und von aller Welt freundlich aufgenommen worden sei.“ Auch ein anderer Abgeordneter urteilte, es sei nicht der Mühe wert gewesen, Lavals Exposé anzuhören. Briand und Lalande hätten dem Ministerpräsidenten mit Kopfnicken assistiert, aber den Mund nicht aufgemacht.

Im übrigen wissen alle französischen Abgeordneten auch ohne die von ihnen gewünschten offenen Erklärungen, worum es geht. Sie wissen, daß Deutschland die Tribute nicht weiterbezahlen kann, und wenn sie wirklich ein unparteiisches Urteil hören wollen, wie es in Deutschland und in Zentraluropa steht, so brauchen sie nur den Bericht zu lesen, den das in London ansässige internationale Bankhaus Benson u. Co. dieser Tage der Öffentlichkeit übergeben hat und in dem es heißt, daß die kritische Finanzlage Zentraluropas eine ernste Bedrohung des Welthandels darstelle. Deutschland habe gerade durch die Stillhalteabkommen eine Atempause bekommen. Dies genüge aber nicht. Es müsse unbedingt in Anlehnung an das Hoover-Jahr eine Erleichterung für Deutschland in den Tributzahlungen eintreten. Die französische Delegation, die Tribut wichtiger als die privaten Schulden seien, könne eine günstige Lösung der Krise nur verhindern und erfolgreiche Verhandlungen zwischen beiden Ländern auf keinen Fall fördern. Wenn auch ein gewisses leidliches Verhalten kurzzeit erreicht sei, so sei es doch sicher, daß Deutschland früher oder später die Zahlungen einstellen müsse, und dann würden auch andere europäische Staaten auf dem Wege Deutschlands folgen müssen. Aber nicht nur die deutsche Krise, sondern der Verfall des internationalen Handels und der tatsächliche Bankrott verschiedener Schuldnerländer machten erhebliche Besorgnisse.

Auch die angesehenen Londoner Finanzzeitschrift „Financial Times“ meint, daß die deutsche Wölle noch schwer über den Märkten und Börsen der Welt hänge. Frankreich wolle anscheinend mit der einen Hand alles aus Deutschland herausquetschen und mit der andern seinem alten Feinde möglichst harte Bedingungen auferlegen. Hier sind unzweideutige Äußerungen völlig neutraler Stellen, die noch einmal gerade zur rechten Zeit eine offene, eindringliche Sprache reden. Will Frankreich also die Zeichen der Zeit verstehen, so muß es wissen, was es jetzt zu tun hat!

Die Wesserschiffahrt im Oktober 1931.

Die Mittelweser war an einem Tage vollschiffig. Durch das Ausbleiben größerer Niederschläge trat im Oktober eine weitere Verschlechterung der Wasserverhältnisse ein. Auf der Oberweser ließ der Wasserstand an keinem Tage volle Abblutung der kleineren 1,85 Meter tauchenden Rähne zu. Die Mittelweser war nur am letzten Monatstage vollschiffig. Abklärungen der vom Kanal kommenden Kohlen- oder Kali-Rähne waren daher in Minden nötig, oder man mußte von vornherein schon im Ruhrgebiet, in Hannover oder Hildesheim auf volle Ausnutzung der Fahrzeuge verzichten. Die theoretischen monatlichen Durchschnitstauchtiefen waren für die Oberweser 1,34 Meter (1,66 Meter im September) und für die Mittelweser 1,67 Meter (1,99 Meter). Die geringste Tauchtiefe betrug auf der Oberweser 1,21 Meter am 10. und auf der Mittelweser 1,56 Meter am 11. und 12. Im Durchgang durch die Bremer Wesserschleufe übertraf der Verkehr im Oktober mit 152 000 Tonnen den Vormonat um 10 500 Tonnen. Hiervon entfielen infolge größerer Kohlen- und Kalitransporte 9500 Tonnen auf die Talfahrt, die 119 600 Tonnen betrug. Bergwärts gingen 32 500 Tonnen oder 1000 Tonnen mehr, insbesondere durch stärkere Getreidevershiffungen sowie Reis- und Phosphatabladungen, die im Vormonat fehlten. Holz, Mehl und Kohlen wurden dagegen weniger befördert. Im Vergleich zum Oktober vorigen Jahres blühte der Talverkehr 47 800 Tonnen ein, die zum größten Teile auf den Winterverbrauch von Reis und Steinen kommen. Bergwärts gelangten 2500 Tonnen mehr zur Verladung. In den Monaten Januar bis Okto-

Zwischen Krieg und Frieden

Der „Hort des Weltfriedens“.

Im Fernen Osten sind die Gewehre losgegangen. Alle Bemühungen in Genf, den Konflikt zwischen Japan und China beizulegen, waren bis jetzt erfolglos. Gewitterschwüle liegt über der Welt. Auch wenn die in der Mandschurei aufgetoderten Flammen wieder gelöscht werden sollten, weiß niemand, wann sie von neuem ausbrechen und was dann erfolgt. Japan liegt auf der Lauer, Amerika wartet ab und Rußland rüstet fieberhaft. Die rote Armee wird nach neuesten Methoden ausgebildet, der Eisenbahnbau wird auf jede nur mögliche Weise forciert. Es gibt Leute, die behaupten, daß der ganze Fünfjahresplan eine einzige Mobilisierungsmaßnahme ist und daß die Sowjetunion in naher Frist, etwa um das Jahr 1933, mit kriegerischen Auseinandersetzungen rechnet. Die Welt ist wieder im Begriff, in zwei Fronten gegeneinander aufzumarschieren. Selbst wenn Europa trotz Verfalltes Ruhe haben und halten wollte, es wird notwendig in den Konflikt hineingezogen, der sich im Fernen Osten ankündigt und aus dem sich, wenn er einmal wirklich zum Austrag kommt, kein Staat heraushalten kann, am allerwenigsten Deutschland.

In Paris ist jetzt der Völkerbundrat zusammengetreten, um noch einmal zu versuchen, das schwelende Feuer zu löschen. Man wird sich die größte Mühe geben, zu vermitteln und wahrscheinlich auch sehr fruchtvolle Entschlüsse fassen, aber es ist ja bei diesen Völkerbundaktionen so wie in der Rechtspflege: Wo der Gerichtsvollzieher fehlt, um zu vollstrecken, bleibt das schönste Urteil ein Blatt Papier. Wo soll der Völkerbund einen Arm heben, der seine Beschlüsse ausführt, wenn Japan hartnäckig bleibt und seine kriegerische Tätigkeit in der Mandschurei fortsetzt? Kein Staat wird sich zum Vollstrecker hergeben, es sei denn, daß er es aus Eigennutz tut, was wiederum die Konkurrenten auf den Plan rufen und die Kriegsgefahr noch verschärfen würde. Es steht viel auf dem Spiele bei den jetzigen Verhandlungen in Paris: Neben dem Schicksal Chinas vor allem auch das Ansehen des Völkerbundes als sogenannter „Hort des Weltfriedens“.

Artillerieschlacht um Tsifislar.

Russische Truppen im Kampf. Eine heftige Artillerieschlacht ist um Tsifislar entbrannt, wo sich gegenwärtig die chinesischen und japanischen Streitkräfte konzentrieren. Von japanischer Seite sind Flugzeuggeschwader eingesetzt worden, die große Mengen von Bomben auf die chinesischen Reihen niedergehen ließen. Außerdem haben die Japaner eine große Kavalleriebrigade in den Kampf geschickt. Auf Seiten der Chinesen soll eine russische Brigade kämpfen, die mit Maschinengewehren ausgerüstet ist und durch chinesische Kavallerie unterstützt wird. Ein über-

der blieb die Gesamtladungsmenge mit 1 338 000 Tonnen um 441 800 Tonnen oder fast 25 Prozent hinter dem Vorjahre zurück. Dieser Ausfall verteilt sich mit 402 000 Tonnen auf den Talverkehr (-28 Prozent) und mit 39 800 Tonnen auf die Bergfahrt (-13 Prozent).



von Hindenburg, Inhaber eines ungarischen Regiments. Die Abordnung des ungarischen Honvedinfanterieregiments in Stuhlweissenburg kam nach Berlin, um dem Reichspräsidenten die Inhaberschaft des Regiments feierlich anzubieten.

Die Bergreifung des Volkes.

Die gesundheitlichen Verhältnisse Deutschlands. Der Reichsinnenminister hat dem Reichstag jetzt wieder eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes vorgelegt. Sie gibt einen Überblick über den Bevölkerungsstand und die Bevölkerungsbewegung, die Erkrankungen und Sterbefälle an einzelnen Krankheiten, über Einrichtungen der Gesundheitspflege und über den allgemeinen Gesundheitszustand in den Jahren 1928 und 1929 sowie auch teilweise in den Jahren 1930 und 1931.

Zu Beginn des Jahres 1931 betrug die Bevölkerungszahl im Deutschen Reich ohne das Saargebiet rund 64,48 Millionen. Davon entfielen auf die Altersklassen bis zu 14 Jahren 25,7 Prozent, von 15-24 Jahren 20,3, von 25-44 Jahren 29, von 45-64 Jahren 19,2 und darüber 5,8 Prozent. Der Geburtenrückgang hält trotz der zahlreichen jungen Ehen unvermindert an. Seit 1900 ist die Zahl der Lebendgeborenen von fast zwei Millionen auf 1 126 800 im Jahre 1930 ständig gesunken. Der Geburtenüberschuß war 1913 noch fast doppelt so groß wie 1930. Die Denkschrift betont, daß unser Volk damit vielleicht schon im nächsten Jahrzehnt einen völligen Stillstand des Bevölkerungswachstums und dann fortschreitende Bevölkerungsverluste erleiden wird, deren Dauer und Ausmaß nicht abzusehen sind.

Die Säuglingssterblichkeit hat sich, nachdem sie 1919 etwas zugenommen hatte, nach den vorläufigen Angaben für 1930 und 1931 wieder verringert. Einen noch stärkeren Rückgang weist die Kleinkindersterblichkeit auf. — Cholera, Gelbfieber und Pest sind in den letzten Jahren in Deutschland überhaupt nicht aufgetreten. Von

raschender Angriff dieser russischen Soldaten auf den linken Flügel der Japaner scheint die Schlacht zugunsten der Chinesen entschieden zu haben. Jedenfalls mußte sich die japanische Armee zurückziehen.

Was Japan auf der Ratsagung erklären will.

In amtlichen Kreisen in Tokio verlautet der „Times“ zufolge, daß von japanischer Seite auf der Völkerbundratsagung erneut chinesisch-japanische Verhandlungen auf der Grundlage von fünf japanischen Bedingungen vorgeschlagen werden sollen, die sich auf militärische und strategische Fragen beziehen. Falls China die fünf Punkte anerkenne, werde der Räumung der besetzten Gebiete nichts im Wege stehen. Bevor jedoch normale Zustände hergestellt werden, sei ein Rückzug der Truppen unmöglich.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Japaner unter der „Wiederherstellung normaler Zustände“ nicht nur die Annahme der fünf Punkte, sondern vor allem auch die Einsetzung von japanfreundlichen Lokalregierungen in den mandschurischen Provinzen verstehen.

Der Korridor als Friedensstörer.

Ökonomie ein verbrecherischer Wahnsinn.

Die unhaltbaren Zustände, die durch den polnischen Korridor geschaffen worden sind und die Ziele Polens nach völliger Entgermanisierung allen Landes östlich der Oder und nach Aufzuehung Ostpreußens werden eingehend kritisiert in der angesehenen englischen Zeitschrift „Economist“. Freie Schifffahrt auf den Flüssen und Häfen in Stettin, Danzig und Königsberg hätten die polnischen Bedürfnisse voll befriedigen können. Polen arbeite aber mit allen Mitteln der Versteigerung, der persönlichen Bedrohung, mit Beschlagnahmen und mit allen Arten der polnischen Durchdringung, wobei die Zeit für Polen arbeite. Seit 1918 seien 800 000 Deutsche zum Verlassen von Posen und Westpreußen gezwungen worden. Aus Ostpreußen seien 160 000 Deutsche ausgewandert. Die Lehre für England bestehe darin, daß es ein verbrecherischer Wahnsinn wäre, eine Ökonomie zu geben, solange der Korridor bestehe. England habe nicht das geringste Interesse, die Ursprungsherde eines zukünftigen Krieges zu erhalten. Das Blatt befürwortet dann mit den möglichen Grundlagen eines Ostlocarno, wobei es die bemerkenswerte Forderung stellt, daß die Möglichkeit der Anwendung der Revisionsparagrafen 19 des Völkerbundstatuts wesentlich wirksamer gestaltet werden müsse. Jedenfalls aber müsse die englische öffentliche Meinung sich endlich mit den brennenden Ostfragen befassen, da diese eine der wesentlichen psychologischen Ursachen für die gegenwärtige traurige Lage der Welt und insbesondere Englands seien.

den übrigen gemeingefährlichen straußen wurden nur vereinzelte Fälle ermittelt, und zwar von Ausfall 10 neu vom Ausland eingewanderte Kranke, von Fleckfieber ein tödlich verlaufener Fall und von Pocken 6 leichte Erkrankungen. Ende 1930 hielten sich in Deutschland 10 Ausfallkranke auf, von denen sieben in Anstalten isoliert waren und die übrigen sanitätspolizeilich überwacht wurden.

Während die Kinderinfektionskrankheiten, Scharlach, Masern, Diphtherie und Keuchhusten, vor etwa 40 Jahren über 13 Prozent der Gesamtzahl aller Sterbefälle verursachten, entfielen 1929 auf sie nur noch etwa 1,5 Prozent. Nicht nur die anteilmäßige Verringerung der Kinder in der Bevölkerung, sondern auch eine überraschend starke Verminderung der Erkrankungshäufigkeit und der ungünstig verlaufenden Fälle ist hierfür die Ursache. Vor allem sind Scharlach und Diphtherie an diesem Rückgang beteiligt. Es starben von 1000 Erkrankten im ersten Halbjahr 1930 an Scharlach und Diphtherie 12 bzw. 63, in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 11 bzw. 58. Immerhin erscheint für die Zukunft ein Wiederanstieg dieser beiden Seuchen nicht ausgeschlossen.

Die Zahl der Sterbefälle an Typhus betrug in den Jahren von 1927 bis 1929 1054, 1100 und 1004, die der Sterbefälle an Ruhr 210, 244 und 291. Eine gewisse Unruhe bedingte eine Zeitlang die zum Teil tödlich verlaufene Papageienkrankheit. Es wurden 155 Erkrankungen ermittelt, von denen 31 tödlich verlaufen sind. 73 Erkrankungen und 16 Sterbefälle entfielen auf Preußen, 7 bzw. 2 auf Bayern, 37 und 5 auf Sachsen sowie 25 Erkrankungen und 7 Sterbefälle auf Hamburg, dem Einfuhrhafen für die infizierten Papageien.

Die Tuberkulosesterblichkeit hat weiter abgenommen. Dagegen ist bei der Krebskrankheit infolge der Zunahme der höheren Altersklassen eine ungünstige Entwicklung festzustellen. 1929 starben von 1000 Einwohnern im Alter von 30 bis 59 Jahren, 11,4 im Alter von 60 bis 69 Jahren 60,3 und im höheren Alter 96,9, in der Gesamtbevölkerung über 30 Jahre 11,7, gegen 8,2 im Jahre 1913.

Hinsichtlich der Selbstmorde ergeben sich bei einem Vergleich der verschiedenen Landesteile bedeutende Unterschiede. 1929 waren in Berlin mit 4,22 sowie in Sachsen und Anhalt mit 4,09 Fällen auf 10 000 Lebende die meisten Selbstmorde zu verzeichnen, während Oberschlesien mit 1,2 und die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 1 die geringsten Selbstmordziffern aufzuweisen hatte. In den deutschen Großstädten ist die auf 10 000 Einwohnern berechnete Selbstmordziffer von 2,8 im Jahre 1928 auf 2,9 und 3,2 in den Jahren 1929 und 1930 angestiegen, während die entsprechenden Ziffern der ersten Halbjahre von 1930 und 1931 je 3,3 betrugen. Zweifellos hat vor allem die zunehmende Arbeitslosigkeit wesentlich zu der Zunahme der Selbstmorde beigetragen.

In einem Ausblick kommt die Denkschrift zu der Feststellung, daß die Quellen unserer Volkskraft allmählich zu versiegen drohen, da es an ausreichendem Nachwuchs mangelt. Angesichts der katastrophalen Folgen des Geburtenrückganges für die Zukunft müssen, wie sie hervorhebt, die aus der ständig zunehmenden Überalterung des Volkes entstehenden wirtschaftlichen und kulturellen Gefahren immer wieder in den Mittelpunkt gesundheitlicher Betrachtungen gestellt werden. In den Vordergrund treten gegenwärtig die Gefahren, die aus der steigenden Arbeitslosigkeit erwachsen, aus der sich allmählich eine schwer aufzuhaltende Rückwärtsbewegung des Gesundheitszustandes ergeben kann.

Wassergeld in der Landgemeinde Lüdenscheid.

§ 2 der Gebührenordnung vom 11. 10. 1929
ist ab 1. 10. 1931 folgender Weise geändert bzw.
ergänzt worden:

„Der Abnehmer hat für einen ehm Wasser
0,50 Mk. zu zahlen, mindestens für jede Fa-
milie 30 Mk. jährlich (= 60 cbm), und ferner
für jedes Stück Großvieh mindestens 7,50 Mk.
jähr. (= 15 cbm)

Lüdenscheid, den 12. November 1931.

Der Bürgermeister des Amtes.

Zum Gedentage der Toten

empfehle
Kränze
Kreuze, Sträuße

in bekannter Ausführung zu billig. Preisen.

Frische Schnittblumen.

Christian Weltecke, Halver,

Gartenbaubetrieb. — Fernsprecher 554.

Auf Wunsch werden die Bestellungen auch zum Friedhof gebracht.

Bestecke

Scheren

Rasiermesser

Rasierapparate

sowie sämtliche

Rasierutensilien

empfeht:

E. Deitenbeck, Lüdenscheid,

Stahlwaren- und Wassen-Handlung.

Zum Totenfest

empfehle
Kränze, Kreuze
und Grabsträuße

in la. Ausführung zu konkurrenzlosen Preisen

Fritz Homuth, Halver-Eichholz,

Berlinerstraße 77. — Fernspr. 230.

Aufruf!

Der
Dilettanten - Verein
Hohenzollern Halver

veranstaltet **zugunsten der**
Nothilfe in Halver

am Mittwoch (Buß- u. Betttag), 18. Nov.,
nachmittags 4,30 Uhr im Haas z. Fuhr
eine Aufführung

„Der Freischütz“

Schauspiel in 5 Akt. von Karl Maria
v. Weber, bearbeit. von Wilh. Lenz.

(Stuhlreihenplätze). Erwerbsl. Ermäßig.

Da die einkommenden Beträge rest-
los der **Nothilfe Halver** zuge-
führt werden, wird erwartet, daß die
opferwillige Bereitschaft des Dilettan-
ten-Vereins durch guten Besuch
gedankt wird.

Vereins - Drucksachen

liefert schnellstens **Wilh. Bell Jr., Halver.**

Mütterberatungsfunde

findet statt am Donners-
tag, dem 19. November,
nachm. 2 Uhr bei Frau
Wille in Ehringhausen und
ab 3 1/2 Uhr nachm. bei
Gedw. Fasbender in Halver

Der Bürgermeister.

Kontor-

Lehrling

per sofort gesucht.

Bewerbungen unter
Zufügung genauen Le-
benslaufes unter B 233
an die Geschäftsstelle d.
Allg. Anzeigers Halver
erbeten.

Polizeiliche

An- und

Abmeldescheine

zu haben

Buchhandlung

Wilh. Bell Jr., Halver.

Für die Schlachtzeit

jämliche Gewürze.

Extra fein gem. Pfeffer

1/4 Pfd. 45 Pfg.

Beste präp. Körner-Grüne

Pfd. 28 Pfg.

1a. trockene Dörme

mit 12 Pfg.

Albert Bollmann,

Kierspe.

Alle

Wollsachen

fertigt an und

repariert

fachmännisch

Gustav Borlinghaus,

Kierspe-Bahnhof,

Wildenkuhlen.

Habe Freitag hoch-

tragende

Rühe

zum Verkauf.

W. Schoppmann,

Ringe b. Marienheide.

WIRTSCHAFT 1 1931
geben Spar-Unterricht!

... das ist die Aufgabe unserer

SERIEN- TAGE

auch in unserer Abteilung

Damen-Konfektion

Damen-Mäntel	mit und ohne ganz gefüll. Pelzkragen	29 ⁷⁵	18 ⁷⁵	9 ⁷⁵
Damen-Mäntel	in elegant. Ausführung aus best. Stoffen, echten Pelzen	58 ⁰⁰	49 ⁷⁵	39 ⁷⁵
Damen-Kleider	mit neuartiger Garnitur	16 ⁷⁵	9 ⁷⁵	4 ⁷⁵
Damen-Kleider	in aparter Ausführung, Wolle und Flammeng.	48 ⁰⁰	36 ⁰⁰	24 ⁷⁵

1 Posten Kinder-Mäntel aus warmen Stoffen, mit u.
ohne Pelzkragen, Größe 50 **4⁷⁵**
Jede weitere Größe - 0.75

1 Posten Kinder-Kleider aus Wollstoff **7⁰⁰ 5⁰⁰ 3⁰⁰**

Bekannte Fahrvergütung.

ALSBERG

Lüdenscheid

Die Zeitungsanzeige

ist die beste und billigste
Reklame; sie ist als Werbe-
mittel unübertreffbar.

Zum Totenfest

empfiehlt als Grabschmuck

Kränze, Kreuze, Sträuße,

in allen Preislagen und geschmackvoller
Ausführung. Kranzständer vorrätig

Frische Schnittblumen.

Otto Barth, Halver

Fernruf 357. Gärtnerei am Friedhof.

Westdeutscher Rundfunk

Dienstag, den 17. November.

- 6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgensonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage und
Zeitangabe, Wasserstands-meldungen.
10,15—11,45 Schallplattenkonzert (Kristallplat-
ten).
10,30 Unterbrechung des Schallplattenkon-
zerts: Erste Meldungen und Zeitangabe.
11,45 Kunstwerbung mit Schallplatten.
12,10 Schallplattenkonzert (Homocordplatten).
12,50 Wetterbericht.
12,55 Neuerer Zeitzeichen, Mittagsmeldungen
und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Eysoldt.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Kinderstunde. Kinder vor dem
Mikrophon.
16,20—16,30 Mitteilungen aus dem Schulfunk.
16,30—17,00 Aus dem Leben der höheren Schule.
Oberstudiendirektor Dr. Rüping: Die
philosophische Vertiefung im mathema-
tischen Unterricht. Von der Dogmatik
zur Problematik.
17,00—18,00 Übertragung vom Süddeutschen
Rundfunk, Frankfurt: Vesperkonzert des
Orchesters des Südfunks, Leitung:
Gustav Görlisch, Solistin: Maria Birn-
baum (Alt), Begleitung: Artur Haagen.
18,15—18,35 Für den Landwirt. Prof. Brink-
mann: Vorteile und Gefahren der
Mechanisierung.
18,40—19,00 Französische Unterhaltung. Lektor
Le Bourgeois — Lektor Nogue.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirt-
schaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,25 Zehn Minuten Funtnachrichten.
19,30—19,55 Wirtschaft und Kultur. Univer-
sitätsprofessor Dr. Künze: Entstehung des
Arbeitsbegriffes und des Arbeits-
prinzips.
19,55 Erste Abendmeldungen und Wetter-
vorhersage.
20,00—20,55 Abendmusik. Leitung: Wolf.
21,00 Der Doktor Eisenbart.
Hörspiel in 4 Szenen von Josef Windler.
Mitwirkende: Paul Barischawski, Willi
Court, Ludwig Schmitz, Anton Jmlamp,
Paul Hansen, Joachim Dietrich, Wilh.
Bödenholt, Lisa Hilow, Helene Herter,
Karl Krause, Wilhelm Wahl.
22,00 Letzte Meldungen, Bericht über das gei-
stige Leben, Sportbericht.
Funkstille.

Mittwoch, den 18. November.

- 6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00—8,30 Morgensonzert.
8,30—8,55 Mutter und Kind. Ein Gespräch.
9,00—9,05 Übertragung des Geläutes der
Trinitatistirche, Köln.
9,05—10,00 Evangelische Morgenfeier.
11,00—11,25 Lebende Dichter. Franz Werfel:
Aus eigenen Werken.
11,30—11,55 Meister der Naturschilderung.
Wilhelm Bölsche: Myrmarchen oder:
Im kleinsten Tier das größte Lebens-
wunder.
12,00—12,30 Die Welt auf der Schallplatte.
Dr. Nikolaus Feinberg: In den Bergen
des Kaukasus.
12,35—12,55 Regina Ullmann: Von den Erd-
beeren.
13,00—14,30 Mittagskonzert. Streichquartett des
Westdeutschen Rundfunks: Rhein,
Schwark, Ringalda, Grotte; Fröhliche
(Flöte), Sauerwein (Flöte), Esfer (Oboe),
Sartung (Horn), Graef (Bratsche), Böhm
(Kontrabaß), Grape (Klavier).
14,35—15,00 Kinderstunde. Gis Vordemberge:
Märchen.
15,10—15,30 Die Welt im Buch. Dr. Bernhard
Kang: Nordische Erzähler der Gegen-
wart. Ewald Fleuron: „Tob und Tuff,
die Schlangen der Trollheide“. — Peter
Fleuron: „Der Nordklapper“. — Gunnar
Gunnarsson: „Der unerfahrene Rei-
fende“. — Unter Larsen: „Rausch“. —
Sigrid Undset: „Harriet Waage“. —
Selma Lagerlöf: „Aus meinen Kinder-
tagen“. —
15,35—15,55 Gemeinverständliche Rechtskunde.
Amtsgerichtsrat Dr. Daniels: Pflichten
eines Zeugen vor Gericht.
16,00—18,00 Vesperkonzert.
Intermezzo: 16,20—17,05 Übertragung vom
Bayerischen Rundfunk, München: Kinder-
stunde. Wie die heilige Elisabeth vom
Ungarland auf die Wartburg kam. Den
Kindern erzählt von Elisabeth Schmidt-
Pauli. Musikalische Unterhaltung von
Karl List. Das Jugendorchester von
Herma Stubeny. Schillerinnen von
Theresa Roth.
18,05—18,30 Victor Meyer-Eckhardt: Mit der
Anatolischen Bahn nach Konion.
18,35—18,50 Prof. Dr. C. Rühner: Zur Psycho-
logie des Talisman.
18,55—19,20 Meine Heimat. Franz Johannes
Weinrich.
19,20—19,45 Europa singt. Marita Gründgens
(Sopran). Verbindende Worte: Hans
Ebert.
19,45 Erste Abendmeldungen und Wettervor-
hersage.
20,30 Duftagskonzert.
Orchester und Kammerchor des Westdeut-
schen Rundfunks, Leitung: Zimmer-
mann.
22,05 Letzte Meldungen, Bericht über das gei-
stige Leben, Sportbericht.
Funkstille.